



Niederschrift

Sitzung Ausschuss für öffentliche Einrichtungen
21. September 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 2 der Tagesordnung: Karlsruhe als Mitglied der „Region der Lebensretter“ Vorlage: 2023/0700

Die Vorsitzende gibt eine kurze Einführung in das Thema und begrüßt dazu den Kreisgeschäftsführer des DRK Kreisverbandes Karlsruhe e.V., Herrn Daniel Schneider. In diesem Zusammenhang erklärt sie auch die grundsätzliche Struktur und die Zuständigkeiten im Bereich Rettungsdienst. Die Verwaltung betrachtet eine Ersthelfer-App als Teil des Rettungsdienstes, weshalb auch in diesem Bereich die Kostenaufstellung gemacht wurde.

Die Vorsitzende gibt danach der Antragstellerin die Möglichkeit, zu ihrem Antrag Stellung zu beziehen.

Stadträtin Verena Anlauf (GRÜNE) führt aus, dass sie grundsätzlich keine inhaltliche Debatte im Ausschuss führen möchte und schlägt daher vor, das Thema im Bereichsausschuss für den Rettungsdienst zu behandeln. Sie merkt an, dass sich Stadt- und Landkreise von Freiburg bis Rastatt - und auch weitere Bereiche in Baden-Württemberg - diesem System angeschlossen haben. Somit gehört Karlsruhe zu den wenigen Regionen, welche bisher nicht mitwirken. Sie ergänzt, dass Personal aus Krankenhäusern und aus dem Bereich der Rettungsdienste durch die App angesprochen werden sollen und somit in die Rettungskette eingebunden werden können. In Bezug auf die genannten Kosten in der Stellungnahme berichtet sie von deutlich geringeren Zahlen aus Eppingen und Stuttgart, welche sie durch Kontakt mit den dort verantwortlichen Personen eingeholt hat. Die Gründe dafür sollten im Bereichsausschuss besprochen werden. Die Gründerin der „Region der Lebensretter“ aus dem Bereich Eppingen habe zudem Unterstützung bei der Implementierung der App angeboten und würde auch im Bereichsausschuss bei Bedarf Rede und Antwort stehen.

Stadtrat Friedmann Kalmbach (FW/FÜR) sieht das kritischer und hält die Effizienz des Systems für fragwürdig. Das Verhältnis von finanziellem Einsatz zu tatsächlich geretteten Menschen soll geprüft werden. Er erkundigt sich, was der Bereichsausschuss ist.

Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) merkt an, dass der Artikel in den BNN zu diesem Thema für Aufruhr gesorgt hat und erkundigt sich, ob die Software mit dem System in der ILS kompatibel ist. Er hinterfragt auch die deutlichen Differenzen beim Aufwand zur Implementierung dieses Systems. Er gibt an, dass es Informationen aus dem Ministerium gibt, wonach dieses System ab dem nächsten Jahr grundsätzlich etabliert werden soll. Somit könnte man sich auch bereits jetzt um eine Realisierung bemühen. Er bittet um eine Überprüfung der Zahlen und mahnt an, dass eine überhöhte Kalkulation nicht der Weg wäre, so ein System abzuwehren. Jedes weitere Leben, das dadurch gerettet werden könnte, ist wichtig.

Stadtrat Dr. Raphael Fechner (SPD) hält die Rettungskette im Land für hinreichend gut aufgestellt, sieht es aber trotzdem als sinnvoll an, die Laienrettung gegebenenfalls auszubauen. Die Fragen nach den Kosten und der Kostenkalkulation sind zu klären, und eine Entscheidung sollte mit Augenmaß erfolgen.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) sagt, dass er das System grundsätzlich gut findet, wenn damit Menschenleben gerettet werden können. Er fragt an, ob es sich dann bei der Heranziehung von Klinikmitarbeitenden für diese Aufgabe im arbeitsrechtlichen Sinn um Bereitschaftszeit handelt. Da es ein sehr komplexes Thema ist, sollte man es im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit besprechen. Das Thema muss aus seiner Sicht nicht jetzt gelöst werden, aber weitere Informationen sind wichtig.

Die Vorsitzende erläutert, dass eine Behandlung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit nicht vorgesehen ist. Das Thema soll im dafür zuständigen Gremium, dem Bereichsausschuss, behandelt werden.

Florian Geldner, Leiter der Branddirektion, teilt mit, dass mit der Stellungnahme, welche in enger Abstimmung mit dem Rettungsdienst erfolgt ist, eine Grundlage erstellt wurde, mit der überhaupt eine Einführung des Systems ermöglicht werden könnte. Die dort dargestellten Randbedingungen wurden als Kompromiss unter allen Beteiligten erarbeitet. Als gemeinsame Schnittstelle zwischen Rettungsdienst und dem Stadt- und Landkreis Karlsruhe kann die Integrierte Leitstelle (ILS) gesehen werden.

Die Vorsitzende ergänzt, dass in der Stadtverwaltung für eine Mitgliedschaft in der „Region der Lebensretter“ und den mit der Einführung verbundenen Kosten aktuell keine Gelder zur Verfügung stehen, auch wenn eine niedrigere Kostenkalkulation zugrunde gelegt werden würde.

Daniel Schneider, Kreisgeschäftsführer DRK Kreisverband Karlsruhe e.V., führt aus, dass auch das DRK diese App grundsätzlich für gut erachtet. Es ist in diesem Zusammenhang allerdings die Frage der Finanzierung zu lösen. Er führt weiter aus, dass die Trägerschaft der ILS aus drei Partnern besteht und die Kosten auf diese drei Partner nach einem Schlüssel umgelegt werden (Anmerkung zur Kostentragung: Rettungsdienst 50 %, Feuerwehr Landkreis und Stadtkreis je 25%). Die von ihm deutlich höher angegebenen Kosten begründet er unter anderem damit, dass der Rettungsdienstbereich Karlsruhe flächenmäßig der größte Rettungsdienstbereich in Baden-Württemberg ist und somit auch höhere Kosten aufgrund der Größe des Gebietes zu erwarten sind. Die in der Zeitung angegebenen Kosten stammen von Bereichen, die nur halb so groß sind wie der Rettungsdienstbereich Karlsruhe.

Der für die Frage nach der Finanzierung dieser App maßgebliche Ausschuss im Rettungsdienst ist der Bereichsausschuss. Dieser setzt sich aus den Leistungserbringern (beteiligte Rettungsdienstorganisationen) und den Kostenträgern (Krankenkassenvertretern) zusammen. Weiter Mitglieder sind dort noch Vertreter des Stadt- und Landkreises Karlsruhe mit beratender Funktion. (Anmerkung: Die Rechtsaufsicht über den Bereichsausschuss hat das Landratsamt Karlsruhe. Weisungsrechte gegenüber den Rettungsdiensten selbst hat die Behörde dagegen nicht). Die Kostenträger wurden bereits im Vorfeld auf die Kostenübernahme der entstehenden Kosten für die App im Ausschuss angesprochen. Es wurde keine finanzielle Unterstützung dafür in Aussicht gestellt. Um die Kostenträger zur Mitfinanzierung zu bewegen, benötigt das DRK Unterstützung im Bereichsausschuss.

Die wesentlichen Unterschiede bei den genannten Beträgen für das System bzw. für die App beruhen auf der zu klein gewählten Vergleichsgröße. Da diese Bereiche nur halb so groß sind, würden die Kalkulationen aus seiner Sicht passen. Ein wesentlicher Unterschied ergibt sich auch in der Ausstattung der Ersthelfer*innen. Er hält das Helferpaket, welches vom Verein Region der Lebensretter mit 40 Euro kalkuliert wird, für deutlich zu gering bemessen. Die aus seiner Sicht notwendige und sinnvolle Ausrüstung ist nur für den von ihm kalkulierten Betrag von 150 Euro zu erwerben. Ebenso wurden keine Ausbildungskosten kalkuliert. Er hält diese für unabdingbar, um die Helfer*innen auf sämtliche Situationen vorbereiten zu können. Genauso ist auch die notwendige Nachsorge für die Helfer*innen nicht einkalkuliert worden. Um aber auch dauerhaft auf gesunde und einsatzbereite Helfer*innen zurückgreifen zu können, ist die Nachsorge aus seiner Sicht ein wichtiger Bestandteil. Darüber hinaus gibt es seit bereits 30 Jahren im Rettungsdienstbereich Karlsruhe eine Notfallhilfe, die gut funktioniert. Diese wurde sogar in diesem Rettungsdienstbereich erfunden. Durch dieses System wurde die Reanimationsquote bereits von 5 Prozent auf jetzt 30 Prozent verbessert. Bei rund 900 Reanimationen pro Jahr im Rettungsdienstbereich Karlsruhe ist die Zahl der dadurch zusätzlich geretteten Personen sehr eindrucksvoll (Anmerkung: 25 Prozent Steigerung entspricht einem Plus 225 Personen, die zusätzlich gerettet werden konnten).

Er erläutert weiter, dass in seiner Kostenaufstellung mit 1,0 VZW anstatt mit 0,5 VZW aufgrund des zu erwartenden hohen Pflegeaufwands kalkuliert wurde und er dies auch für realistisch ansieht. Da der Rettungsdienst gemäß der ILS-Aufteilung 50 Prozent der Kosten finanzieren müsste, hatte er grundsätzlich großes Interesse daran, möglichst realistische Zahlen zu ermitteln. Derzeit kann das DRK jedoch weder den hohen noch den niedrigeren Betrag finanzieren.

Aus seiner Sicht ist noch offen, inwieweit sich die Kostenträger tatsächlich an der Finanzierung beteiligen würden, falls das Innenministerium eine App offiziell und flächendeckend einführen würde.

Die Vorsitzende bittet Herrn Schneider, das System der Notfallhilfe näher zu erläutern.

Daniel Schneider, Kreisgeschäftsführer DRK Kreisverband Karlsruhe e.V. erläutert, dass die Notfallhilfen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe aktuell über rund 2.000 Helferinnen und Helfer verfügen. Diese Helfenden rekrutieren sich vor Ort aus allen sogenannten „Blaulichtorganisationen“. Für die Notfallhilfe werden auch Begriffe wie „Retter vor Ort“ oder „First Responder“ verwendet. Im Jahr 2022 wurde die Notfallhilfe rund 22.000 Mal alarmiert (Anmerkung: Die Retter vor Ort werden in der Regel bei allen Blaulichteinsätzen ebenfalls

alarmiert, bei denen eine Unterstützung sinnvoll erscheint). Der Rettungsdienstbereich Karlsruhe hat mit diesem in der Region etablierten System viele gute Erfahrungen gemacht. Die Helfenden in der Notfallhilfe werden sehr gut ausgebildet; dieser Standard müsste gleichwohl dann auch für die Helfer*innen in der Region der Lebensretter zugrunde gelegt werden, um einheitliche Standards für alle zu gewährleisten.

Grundsätzlich ist man pro Helfer-App eingestellt, benötigt aber für die Umsetzung die Zusage für die Finanzierung durch die Kostenträger

Stadträtin Verena Anlauf (GRÜNE) findet es toll, was bereits in diesem Bereich geleistet wird, möchte aber trotzdem zusätzlich die Lebensretter-App implementieren. Sie bittet um Behandlung im Bereichsausschuss. Ferner regt sie an, dort eine Vertreterin oder einen Vertreter des Vereins einzuladen. Sie ergänzt, dass man nicht unbedingt einen Rettungsrucksack benötigt, um Hilfe leisten zu können. Anhand der Ergebnisse von Befragungen aus anderen Bereichen, in denen die App bereits installiert wurde, ist bekannt, dass dort das Startkapital auch über Spenden akquiriert wurde.

Die Vorsitzende erachtet das Thema Spenden als grundsätzlich schwierig und unkalkulierbar, bewertet die App aber ebenfalls grundsätzlich positiv. Es müssen jedoch die Standards und die Kostentragung im Vorfeld geklärt werden. Das Thema wird in dem Bereichsausschuss verwiesen. Im AföE soll dann anschließend erneut darüber berichtet werden.

gez. Bettina Lisbach
Bürgermeisterin

Protokoll: gez. Dirk Bertram, Branddirektion

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –